
Francia. Forschungen zur westeuropäischen Geschichte

Herausgegeben vom Deutschen Historischen Institut Paris

(Institut historique allemand)

Band 5 (1977)

DOI: 10.11588/fr.1977.0.48707

Rechtshinweis

Bitte beachten Sie, dass das Digitalisat urheberrechtlich geschützt ist. Erlaubt ist aber das Lesen, das Ausdrucken des Textes, das Herunterladen, das Speichern der Daten auf einem eigenen Datenträger soweit die vorgenannten Handlungen ausschließlich zu privaten und nicht-kommerziellen Zwecken erfolgen. Eine darüber hinausgehende unerlaubte Verwendung, Reproduktion oder Weitergabe einzelner Inhalte oder Bilder können sowohl zivil- als auch strafrechtlich verfolgt werden.

FRANZ KNIPPING

DIE DEUTSCHE DIPLOMATIE UND FRANKREICH
1933–1936*

Die Frage nach dem Stellenwert, den die deutschen Diplomaten in den Jahren 1933–1936 in ihren außenpolitischen Überlegungen dem Faktor Frankreich zumaßen, besteht bei näherer Betrachtung aus drei Teilfragen:

- Gab es in den ersten Jahren des Dritten Reiches eine Frankreichpolitik des Auswärtigen Amtes, die in dem vielfältigen Spektrum der diplomatischen Auffassungen spezifisch und verbindend als die Haltung der deutschen Diplomatie gegenüber Frankreich bezeichnet werden kann?

- Wie war, bejahendenfalls, diese Frankreichpolitik des Auswärtigen Amtes in den Jahren 1933–1936 beschaffen?

- In welchem Verhältnis stand sie zur Frankreichpolitik des seit dem 30. Januar 1933 nationalsozialistisch geführten Deutschland, wie »relevant« war sie mithin für die Haltung des frühen Dritten Reiches gegenüber Frankreich?

Im folgenden sollen zu diesen Fragen einige vorläufige und zum Teil erst thesenhafte Überlegungen vorgetragen werden.

I

Mit dem Thema dieses Beitrags ist das allgemeinere Problem der institutionellen Strukturierung der deutschen Außenpolitik in den frühen Jahren des Dritten Reiches aufgeworfen.¹ Es soll daher zunächst kurz auf die Frage nach der allgemeinen Relevanz diplomatischer Auffassungen für

* Beitrag zu dem am 10.–12. März 1977 in Paris vom Comité international d'histoire de la 2^e guerre mondiale veranstalteten Kolloquium »La France et l'Allemagne de 1932 à 1936«.

¹ Die folgenden Ausführungen hierzu stützen sich vor allem auf H.-A. JACOBSEN, Nationalsozialistische Außenpolitik 1933–1938, Frankfurt 1968; J. L. HEINEMAN, Constantin Freiherr von Neurath as Foreign Minister, 1932–1935. A Study of a Conservative Civil Servant and Germany's Foreign Policy, Diss. Cornell Univ. 1965; G. L. WEINBERG, The Foreign Policy of Hitler's Germany. Diplomatic Revolution in Europe, 1933–1936, Chicago 1970; K. HILDEBRAND, Deutsche Außenpolitik 1933–1945. Kalkül oder Dogma? Stuttgart 1973; A. HILLGRUBER, Großmachtspolitik und Militarismus im 20. Jahrhundert. Drei Beiträge zum Kontinuitätsproblem, Düsseldorf 1974.

Die folgenden Fußnoten enthalten nur die zum unmittelbaren Beleg erforderlichen Hinweise.

den außenpolitischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozeß in dieser Zeit eingegangen werden. In welchem Ausmaß unterlag das deutsche Auswärtige Amt nach der nationalsozialistischen Machtübernahme dem Zugriff des neuen Reichskanzlers Hitler und seiner Parteifreunde? Inwieweit gab es in den Jahren 1933-1936 noch Raum für eigenständige politische Auffassungen der Diplomaten? Wie sinnvoll ist dementsprechend überhaupt die Frage nach der Haltung des Auswärtigen Amtes gegenüber Frankreich in diesen Jahren?

Es besteht heute in der Forschung weitgehende Übereinstimmung darüber, daß Hitler nach Antritt seiner Kanzlerschaft recht bald auch dem außenpolitischen Bereich den Stempel seiner weit vorausplanenden Vorstellungen aufzuprägen vermochte. Unterschiedliche Auffassungen bestehen indessen hinsichtlich des Zeitpunktes und des Ausmaßes der Zurückdrängung des Auswärtigen Amtes aus der verhältnismäßig starken, eigenständigen Position, die es in der Endphase der Weimarer Republik in der deutschen Außenpolitik eingenommen hatte.

Ein eindeutiger Zeitpunkt für die »Gleichschaltung« des Auswärtigen Amtes ist deshalb schwer auszumachen, weil seine Fixierung von der Definition der »Gleichschaltung« abhängig ist. Es handelte sich alles in allem um einen jahrelangen Prozeß, in dem Hitler sich Zug um Zug über die Sonderstellung des traditionellen Instruments der deutschen Außenpolitik hinwegsetzte, und der im Grunde erst Anfang 1938 mit der Ablösung des Außenministers von Neurath und seiner Ersetzung durch von Ribbentrop sein Ende fand. Die faktische Übernahme der letztlichen Entscheidungskompetenzen durch die Reichskanzlei ist allerdings im Grunde schon mit der nationalsozialistischen Machtübernahme am 30. Januar 1933 anzusetzen. Zwar konnte Hitler es sich leisten, seinen Diplomaten zunächst weitgehend freien Auslauf zu lassen, weil in der ersten Phase seiner Kanzlerschaft die vom Auswärtigen Amt verfolgte traditionelle Revisionspolitik und die ideologisch bestimmten Ziele des Nationalsozialismus außenpolitisch ein Stück Weges in die gleiche Richtung liefen. Ein entscheidender Grund für diese anfängliche Zurückhaltung Hitlers in der Außenpolitik war, daß er sich zunächst auf die innenpolitische Umwandlung Deutschlands konzentrierte. Wie sehr er indessen auch schon über die Innenpolitik faktisch die Außenpolitik bestimmte, zeigt etwa der Wortlaut des Entwurfs eines Rücktrittsgesuchs, den Staatssekretär von Bülow im Juni 1933 vorbereitete, schließlich dann doch nicht weiterleitete. Trotz wiederholter Warnungen des Auswärtigen Amtes, so heißt es in dem Entwurf, habe *die innerpolitische Neugestaltung in Deutschland Erscheinungen und Vorgänge gezeitigt, die mit der Würde und Sicherheit des Reiches und mit der Fortführung einer gesunden Außenpolitik unvereinbar sind . . . Nur eine Anpassung der inneren Politik an die Bedürfnisse einer gesunden und rea-*

len Außenpolitik vermögen die größten Gefahren für Deutschlands Sicherheit und Weltgeltung abzuwenden.²

Konkrete Akzentsetzungen Hitlers im außenpolitischen Bereich selbst lassen sich ebenfalls schon in den ersten Wochen seiner Kanzlerschaft erkennen, so etwa, als er Anfang April 1933 eine grundlegende außenpolitische Denkschrift Bülows über »Die außenpolitische Lage Deutschlands« schlicht ignorierte und Ende Mai Bedenken des Auswärtigen Amts gegen eine Paraphierung des sogenannten Viermächtepakts beiseite schob.³ Nach den Untersuchungen John Heinemans über die Rolle Neuraths bei der Vorbereitung der Entscheidung zum Rückzug von der Abrüstungskonferenz im Oktober 1933 kann indessen angenommen werden, daß Hitler nicht vor der Jahreswende 1933/34 begann, grundlegende außenpolitische Entscheidungen am Auswärtigen Amt vorbei vorzubereiten.⁴ Erste Anzeichen für eine derartige Entwicklung boten die Besprechungen anlässlich des Eden-Besuchs in Berlin im Februar 1934, erstmals nach außen hin sichtbar wurde sie mit der Ernennung Joachim von Ribbentrops zum Beauftragten der Reichsregierung für Abrüstungsfragen im April 1934. Es war symptomatisch für die schwindende Bedeutung des Auswärtigen Amts in der nationalsozialistischen Außenpolitik, daß in der wichtigsten außenpolitischen Frage der Jahre 1934–1936, der Ab- bzw. Aufrüstungsfrage, fortan der Parteimann Ribbentrop als außenpolitischer Berater Hitlers an die Stelle Neuraths trat. Im Juli 1934 mußte Bülow die deutschen Auslandsvertretungen davon in Kenntnis setzen, daß das Auswärtige Amt bei rüstungspolitischen Entscheidungen nicht beteiligt sei.⁵ Zwar waren Vertreter des Auswärtigen Amts in den Jahren 1934–1936 an allen wichtigen außenpolitischen Entscheidungen, wenngleich in unterschiedlichem Maße, beteiligt, wirklich unentbehrlich war aber für Hitler seit etwa 1934 nur noch die fachliche Kompetenz der Diplomaten für die Umsetzung der getroffenen Entscheidungen.

Die deutschen Diplomaten standen keineswegs allein, wenn sie die Trag-

² Politisches Archiv des Auswärtigen Amts (abgekürzt: PA), Akten Staatssekretär, Paket 83/1. – Der Entwurf des Rücktrittsgesuchs ist abgedruckt bei P. KRÜGER/E. J. C. HAHN, Der Loyalitätskonflikt des Staatssekretärs Bernhard Wilhelm von Bülow im Frühjahr 1933, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 20, 4/1972, S. 376–410, dort S. 397–98.

³ Die im folgenden S. 496–502 ausführlich wiedergegebene Denkschrift Bülows wurde am 7. April 1933 von Außenminister Neurath im Kabinett vorgetragen. Eine Aussprache dazu wurde wegen des Umfangs der ... vorgebrachten Materie ad calendas graecas vertagt. Hierzu, Akten zur deutschen auswärtigen Politik, 1918–1945 (abgekürzt: ADAP), Serie C, Bd. I,1, Nr. 129, 142. – Zur Paraphierung des Viermächtepakts siehe ibid., Bd. I,2, Nr. 285, 286, 287, 290 sowie K. H. JARAUSCH, The Four Power Pact 1933 (Madison, 1966), S. 155–56.

⁴ HEINEMANN, S. 289–334.

⁵ HEINEMANN, S. 327; ADAP, C, III, 1, Nr. 105, 274.

weite der nationalsozialistischen Machtübernahme anfangs unterschätzten, aber sie glaubten sich zunächst zu Optimismus besonders berechtigt. Reichspräsident Hindenburg hatte Hitler die Kabinettsbildung nur mit der Auflage übertragen, daß die Armee und das Auswärtige Amt ihm persönlich unterstellt sein würden. Neurath, der einer der engsten Vertrauten Hindenburgs war, erhielt durch diese Absprache theoretisch einen weiten Spielraum zur Führung der Geschäfte des Auswärtigen Amtes sowohl als auch der inhaltlichen Bestimmung der deutschen Außenpolitik. Neurath, Bülow und ihre Mitarbeiter glaubten unter diesen Umständen gelassen die mäßigende Wirkung der Verantwortung auf Hitler und die ihn umgebenden *wilden Männer* abwarten zu können. Neurath war in den Jahren 1922-1930 deutscher Botschafter in Rom gewesen und hatte dort erlebt, wie die auf ihren Posten verbliebenen Berufsbeamten nach und nach die revolutionäre Dynamik des italienischen Faschismus in die Bahnen einer gemäßigten Innen- und Außenpolitik zu lenken vermochten.⁶ Bülow glaubte, daß die Nationalsozialisten in der Verantwortung natürlich andere Menschen seien und eine andere Politik machten als sie vorher verkündet hätten.⁷ Die deutschen Spitzendiplomaten glaubten wie manche andere ihrer Landsleute auch an die Möglichkeit einer *Zähmung* der Nationalsozialisten, unter gleichzeitiger Ausnutzung ihrer revolutionären Dynamik für eine innenpolitische Sanierung in konservativem oder jedenfalls gemäßigt-gouvernementalem Sinne.

Daß es Hitler dennoch gelang, auch im außenpolitischen Bereich recht bald seine Vorstellungen durchzusetzen, erklärt sich zum Teil aus der Dynamik der nationalsozialistischen Bewegung, zum Teil aber auch aus Fehlern ihrer vermeintlichen Bändiger. So brachten die konservativen Minister des ersten Kabinetts Hitler es nicht fertig, ihre Mehrheit gegen die drei, seit dem Ausscheiden Hugenburgs im Juni 1933 gegen die fünf nationalsozialistischen Kollegen im Sinne einer Wahrung des Prinzips der Kollegialbeschlüsse einzusetzen; vielmehr waren sie untereinander tief zerstritten. Neurath nutzte seine außerordentlich starke Stellung im Kabinett nicht politisch aus. Während Hitler die Stellung der NSDAP in Staat und Regierung ständig ausweitete, ertrug die konservative Spitzenbeamenschaft die Schwächung ihrer Stellung mit dem Raisonement, daß sie durch ihre kompetente Präsenz Schlimmeres verhüten könne, und unterminierte ihre Stellung selbst weiter durch Servilität. Mit dem Röhm-Putsch Ende Juni 1934 kam die persönliche Angst, mit dem Ableben Hindenburgs sechs Wochen später der totalitäre Führerstaat. Hitler begann,

⁶ Hierzu C. Fr. v. Neurath, Die Arbeit des Auswärtigen Amtes im ersten Jahre der nationalsozialistischen Regierung, in: Nationalsozialistische Beamtenzeitung, 1. 2. 1934; Documents on British Foreign Policy, 2nd series, Bd. IV, Nr. 235.

⁷ ADAP, C, I,1, Nr. 10.

die deutschen Diplomaten für seine Politik zu benutzen. Es zählte bald nur noch, ob ein Regierungsmitglied ständigen Zugang zu Hitler hatte. Neurath, Bülow und andere Spitzendiplomaten flüchteten sich im Frühjahr 1934 eine Zeitlang in die resignierende Hoffnung, daß der Zusammenbruch des Hitlerregimes nahe bevorstehe. Doch diese Hoffnung trog, und der persönliche Treueid, den alle Kabinettsmitglieder am 16. Oktober 1934 Hitler leisten mußten, war nur noch das äußere Zeichen dafür, daß das Auswärtige Amt aufgehört hatte, eine eigenständige Rolle in der deutschen Politik zu spielen. Im Herbst 1934 hielt Außenminister Neurath erstmals eine Parteireden.⁸

Immerhin gelang es dem Auswärtigen Amt indessen, die Homogenität seines diplomatischen Personals gegen lästige Eingriffe der Partei zu behaupten. Politische Überlegungen beeinflussten in den Jahren 1933–1938 in der einen oder anderen Form die Position von höchstens 6% der diplomatischen Beamten.⁹ Den ständig erneuerten Versuchen der auf außenpolitischem Felde mit dem Auswärtigen Amt konkurrierenden Parteidienststellen – dem Außenpolitischen Amt Rosenbergs, der Auslandsorganisation Bohles, dem Volksdeutschen Rat Heß', schließlich der Dienststelle Ribbentrop – im Auswärtigen Amt Fuß zu fassen, konnte bis 1936, im großen und ganzen sogar bis zum Ausscheiden Neuraths 1938, erfolgreicher Widerstand entgegengesetzt werden. Diese Selbstbehauptung im personellen und organisatorischen Bereich war auch nach dem Ableben Hindenburgs möglich, weil Hitler den Sachverstand seiner – sonst im übrigen von ihm verachteten – Diplomaten bei der Operationalisierung seiner außenpolitischen Vorstellungen allmählich schätzen lernte, weil ihm das Verhalten der diplomatischen Vertreter im Ausland, trotz gelegentlich durchscheinenden mangelnden Engagements im Sinne des Nationalsozialismus, wenig Angriffsfläche bot, weil ihm vor allem die im Ausland angesehenen diplomatischen Persönlichkeiten, an ihrer Spitze Neurath selbst, zur Abschirmung der Wiederwehrhaftmachung nach außen hin unentbehrlich schienen. In manchen Fällen der Personalpolitik konnte Neurath sich allerdings nur deshalb gegen Bestrebungen Hitlers oder seiner Parteifreunde behaupten, weil er die Waffe der Rücktrittsdrohung einsetzte. Dies hat er in politischen Grundsatzfragen nie getan, und in gewisser Weise war zweifellos die Anpassung und das kampflose Zurückweichen in politischen Fragen der Preis für die personalpolitische Selbstbehauptung.

Während somit in den Jahren 1933–1936 die Schlacht um die Bestimmung der außenpolitischen Grundrichtung verloren ging, wurde immerhin der Kampf um die Kontinuität und Homogenität des auswärtigen Dien-

⁸ HEINEMANN, S. 223–257.

⁹ Die Zahl bei JACOBSEN, S. 25.

stes gewonnen. Die Schlüsselpositionen in der Berliner Wilhelmstraße hatten in den Jahren nach 1933 die gleichen Persönlichkeiten inne, die schon vor 1933 den außenpolitischen Kurs Deutschlands bestimmten oder mitbestimmten: Neurath, Bülow, Grünau, Meyer, Köpke, Dieckhoff, Stieve, Ritter, Gaus. Auch auf den wichtigsten Auslandsposten gab es keine parteipolitisch motivierten Veränderungen.¹⁰

Personelle Kontinuität bei ständig sich verringernder Kompetenz – so etwa muß nach dem bisherigen Forschungsstand der Befund hinsichtlich der Rolle des Auswärtigen Amtes in den Anfangsjahren der nationalsozialistischen Außenpolitik lauten. Die Frage nach der Frankreichpolitik der Diplomaten in den Jahren 1933–1936 erscheint demnach auf den ersten Blick von nur mäßigem Interesse. Dies gilt allerdings nur dann, wenn die Frage der nicht zum Zuge gekommenen Alternativen, des »Konzeptionen-Pluralismus«¹¹ im Dritten Reich, neben der zentralen Rolle Hitlers weiterhin wie bisher als belanglos angesehen wird. Eine genaue Untersuchung der Rolle des homogenen Meinungsblocks der Diplomaten ist – ebenso wie etwa die der Militärs und des Führungskaders der NSDAP – eine notwendige Voraussetzung für die trotz aller bisherigen Vorarbeiten erst noch zu leistende systematische Darstellung der frühen nationalsozialistischen Außenpolitik in struktureller und thematischer Hinsicht. Sie ist namentlich äußerst relevant im Hinblick auf die Frage nach Kontinuität und Diskontinuität der deutschen Außenpolitik vor und nach dem 30. Januar 1933.

II

Der Stellenwert, der Frankreich nach der nationalsozialistischen Macht ergreifung in der außenpolitischen Konzeption der deutschen Diplomaten beigemessen wurde, kommt eindrücklich in der bereits erwähnten Denkschrift zum Ausdruck, die Staatssekretär von Bülow im März 1933 über »Die außenpolitische Lage Deutschlands« anfertigte, und deren Inhalt Neurath am 7. April 1933 im Kabinett empfehlend zur Diskussion stellte.¹² In dieser 30seitigen Denkschrift kommt zweifellos die maßgebliche Haltung des Auswärtigen Amtes im Frühjahr 1933 zum Ausdruck, und da-

¹⁰ Botschafter in Paris blieb Köster, in London Hoesch, in Rom Hassell.

¹¹ Hierzu in jüngster Zeit W. MICHALKA, Die nationalsozialistische Außenpolitik im Zeichen eines »Konzeptionen-Pluralismus«. Fragestellungen und Forschungsaufgaben, in: M. FUNKE (Hrsg.), Hitler, Deutschland und die Mächte. Materialien zur Außenpolitik des Dritten Reiches, Düsseldorf 1976, S. 46–62.

¹² Vgl. Anm. 3. – Das Dokument befindet sich im Zentralarchiv Potsdam, ist aber in Kopie zugänglich in der Sammlung Jacobsen im Bundesarchiv Koblenz. Es ist vollständig abgedruckt als Anhang zu G. WOLLSTEIN, Eine Denkschrift des Staatssekretärs Bernhard von Bülow im März 1933. Wilhelminische Konzeption der Außenpolitik zu Beginn der nationalsozialistischen Herrschaft, in: Militärgeschichtliche Mitteilungen, 1973, S. 82–94.

her soll hier etwas näher auf sie eingegangen werden. Das Dokument zeigt, daß die personelle Kontinuität und der zunächst noch fortdauernde Anspruch des Auswärtigen Amts auf eine eigenständige Rolle in der deutschen Politik auch unter einer Regierung Hitler sich in konzeptioneller Kontinuität vor und nach dem 30. Januar 1933 niederschlug. Für die vom Auswärtigen Amt vertretene außenpolitische Konzeption brachte die Tatsache der nationalsozialistischen Machtübernahme keine Zäsur, wenigstens vorerst nicht. Neurath und Bülow sahen keinen Grund, die außenpolitische Gesamtlage im Frühjahr 1933 gegenüber der Ära Brüning-Papen-Schleicher als grundsätzlich verändert zu betrachten. Sie empfahlen daher mit ihrer Denkschrift dem Kabinett Hitler die Weiterführung der in den Zielen entschiedenen, in den Mitteln aber gemäßigten und auf lange Sicht angelegten traditionellen Revisionspolitik der vorangegangenen Jahre.

Die von Bülow vorgenommene Bestandsaufnahme der deutschen Außenpolitik ging unverändert von der Prämisse aus, daß das vitalste deutsche Ziel die Revision des Versailler Vertrags sei, daß andere Ziele dahinter an die zweite Stelle zurücktreten müßten, daß aber Deutschland zur Realisierung seiner Revisionsziele denkbar schlecht ausgestattet sei. Die militärische, aber auch die finanzielle und handelspolitische Lage Deutschlands sei prekärer als allgemein bekannt sei.

Aus dieser Feststellung wurden im wesentlichen drei Schlußfolgerungen gezogen:

Erstens müsse das Deutsche Reich alles daran setzen, aus der Position internationaler Schwäche herauszukommen. Dies sei am sichersten dadurch zu erreichen, daß dem überlegenen deutschen Wirtschaftspotential eine Zeitlang Gelegenheit zu ungestörter Entwicklung gegeben werde, und daß, sei es durch eigene Aufrüstung oder die Abrüstung der anderen, ein Ausgleich des Rüstungsstandes mit den Nachbarn herbeigeführt werde. Dies setze voraus, daß vorerst außenpolitische Konflikte möglichst vermieden würden. Dies könne etwa durch einen feierlich mehrseitig für einige Jahre vereinbarten »Gottesfrieden«, besser noch, weil unverbindlicher, durch entsprechende einseitige Absichtserklärungen der deutschen Regierung erreicht werden.

Zweitens müsse die deutsche Regierung auf absehbare Zeit weiter – der sogenannten französischen *Artischockentheorie* entsprechend – an der bisher schon praktizierten Methode der Einzelrevision festhalten. Die noch anstehenden Revisionen der Abrüstungsbestimmungen, der Kriegsschuldfrage, der Territorial- und Kolonialfragen dürften auf jeden Fall nur eine nach der anderen in Angriff genommen werden. Die gleichzeitige Verfolgung mehrerer Ziele oder gar der Versuch einer Gesamtrevision würde – nach den Erfahrungen mit der Räumungsfrage in Locarno 1925 und mit

der Saarfrage im Haag 1929/30 – die Gefahr eines totalen Mißerfolges oder zumindest eines Kompromisses mit weniger günstigem Endergebnis mit sich bringen. Um die Revision mit dem bestmöglichen Ergebnis und mit dem geringstmöglichen Aufwand durchzuführen, werde man für den einzelnen Revisionsakt jeweils den außenpolitisch günstigsten Zeitpunkt zu wählen haben.

Drittens mache es Deutschlands gefährliche Schwäche bis auf weiteres ihm unmöglich, Bündnisse mit anderen Ländern abzuschließen. Bündnisse würden Deutschland in Abhängigkeit von stärkeren Staaten bringen und es im Konfliktfall der sicheren Gefahr aussetzen, als schwächster Partner die Folgen eines ungünstigen Ausgangs tragen zu müssen. Deutschland müsse vielmehr versuchen, zunächst ohne Bündnisse und unter elastischer, nach dem Charakter der jeweiligen Probleme zu gestaltender Anlehnung an andere Staaten aus eigener Kraft zu erstarren. Diese Anlehnung verstärke den problematischen Schutz, den die Völkerbund-Satzung, die Schiedsverträge, der Kellogg-Pakt usw. gewährten.

Die allgemeine Problematik dieser Bülow-Denkschrift braucht hier im einzelnen nicht weiter vertieft zu werden.¹³ Relevant für das Thema dieses Beitrags sind die vier Hauptgesichtspunkte, die sich aus dem Dokument für die Haltung des Auswärtigen Amtes gegenüber Frankreich im Frühjahr 1933 herausisolieren lassen:

1. In ganz allgemeinem Sinne war in dem von Bülow umschriebenen Revisionskonzept Frankreich als Hauptbegünstigter und Hauptverteidiger des Versailler Vertrages eo ipso der zentrale Bezugsfaktor. In der Sicht des Auswärtigen Amtes blieben im Frühjahr 1933, ebenso wie in den vorangehenden Jahren, die wichtigsten Probleme weit überwiegend diejenigen, die durch die Gegnerschaft des übermächtigen Frankreich gegen das deutsche Revisionsbestreben entstanden. Kontinuität der außenpolitischen Konzeption des Auswärtigen Amtes über den 30. Januar 1933 hinaus bedeutete dementsprechend zugleich Kontinuität der Frankreichkonzeption.

2. Dem von Bülow skizzierten außenpolitischen Konzept lag als ein Hauptmotiv die Sorge um die Sicherheit des Deutschen Reichs im Westen, d. h. die Furcht vor einer französischen Intervention gegen die deutsche Revisionspolitik zugrunde. Seit den Monaten der Ruhrbesetzung 1923–1925 hatten alle Weimarer Kabinette bei ihren Revisionsbemühungen stets sorgsam die Linie im Auge behalten, die ohne das Risiko eines Eingreifens der überlegenen französischen Militärmacht nicht überschritten werden durfte. Bülow erinnerte in seiner Denkschrift daran, daß der Ernst der Deutschland bei seinen Revisionsbestrebungen drohenden Gefahren, die namentlich im Sinne eines Präventivkrieges immer wieder auftauch-

¹³ Hierzu KRÜGER (wie Anm. 2), S. 390–94; WOLLSTEIN (wie Anm. 12), S. 77–81.

ten, niemals unterschätzt werden dürfe. So habe z. B. die WTB-Erklärung Brünings vom 9. Januar 1932, Deutschland werde keine Reparationen mehr zahlen, genügt, um Frankreich zu einer Teilmobilmachung gegen Deutschland zu veranlassen.¹⁴ Frankreich habe seinerzeit einen von Polen zu entfachenden Präventivkrieg erwogen, und die Enthüllungen über einen für den 1. Mai 1932 geplanten polnischen Handstreich auf Danzig gingen auf diese Vorgänge zurück. Auf Jahre hinaus sei Deutschland derartigen Gefahren nicht gewachsen.

Zweifellos wurde die Interventionsfurcht des Auswärtigen Amts im Frühjahr 1933 durch die infolge der nationalsozialistischen Machtübernahme sich ausbreitenden internationalen Präventivkriegsgerüchte verstärkt. Trotz der Abrüstungskonferenz, so führte Bülow in seiner Denkschrift hierzu aus, sei Frankreich nach wie vor die stärkste Militärmacht der Welt. Zwar habe die Machtstellung Frankreichs letzters infolge seiner reduzierten finanziellen Möglichkeiten gegenüber den Verbündeten, einer gewissen Bündnismüdigkeit gegenüber den osteuropäischen Partnerstaaten, der Verweigerung der vertraglichen Zahlungen an Amerika, nicht zuletzt der neuen Linksmehrheit in der französischen Kammer, erhebliche reale und moralische Einbußen erlitten; aber die im Frühjahr 1933 augenscheinlich mehr defensive Haltung Frankreichs signalisierte in der Sicht Bülows nur eine vorübergehende und sehr relative Schwächung der französischen Machtposition, die das deutsch-französische Kräfteverhältnis kaum veränderte, und die Frankreich überdies durch ein engeres Zusammengehen mit den angelsächsischen Mächten und den Ausbau des Verhältnisses zur Sowjetunion vermutlich würde auffangen können.

Die Sorge um die deutsche Sicherheit im Westen erklärt die hohe Wertschätzung, die das Auswärtige Amt nach wie vor dem Locarno-Vertrag von 1925 beimaß. Bülow bezeichnete in seiner Denkschrift vom März 1933 den Locarno-Vertrag mit seiner englisch-italienischen Garantie als den entscheidenden Pfeiler der deutschen Sicherheit im Westen; durch ihn sei das der deutschen Revisionspolitik innewohnende Risiko einer französischen Intervention einigermaßen kalkulierbar geworden. Mit Rücksicht auf das deutsche Interesse an dem Locarno-Vertrag sei die Revision der Entmilitarisierungsbestimmungen für das Rheinland einstweilen zurückgestellt. Auch an einem Wiederaufleben der elsass-lothringischen Frage habe Deutschland zur Zeit kein Interesse.

3. Eine andere Hauptsorge des Auswärtigen Amtes richtete sich auf die Gefahr einer internationalen Isolierung Deutschlands, wie sie sich nach der nationalsozialistischen Machtübernahme anzubahnen schien. Eine solche

¹⁴ Zu diesen Vorgängen Bericht Hoeschs Nr. A 341 vom 29. 1. 1932, PA, Abt. II, Po. 2 Frankreich, Bd. 28 (Paket 74/2).

Isolierung konnte in der Sicht der deutschen Diplomatie die Möglichkeit einer französischen Intervention gegen deutsche Revisionsbestrebungen verstärken. So entsprang der in der Denkschrift Bülow's zum Ausdruck kommende Wunsch nach guten Beziehungen zu England und Italien, wie übrigens auch in den vorangegangenen Jahren, ganz wesentlich der Sorge, anderenfalls dem übermächtigen Frankreich oder gar einer Antirevisionsfront der Westmächte allein mit den Revisionsforderungen gegenüberzutreten zu müssen. Namentlich die England- und Italienkonzeption des Auswärtigen Amtes erscheint in der Denkschrift Bülow's in ganz erheblichem Maße frankreichbezogen.

Zum deutsch-englischen Verhältnis führte Bülow aus, daß noch für längere Zeit mit einer starken politischen, moralischen und finanziellen Position Englands zu rechnen sei. Trotz der bestehenden wirtschaftlichen Spannungen und der Meinungsverschiedenheiten in der Abrüstungsfrage bleibe ein gutes Verhältnis zu England für Deutschland von größter Bedeutung, weil ohne englische Hilfestellung oder gar in offenem Gegensatz zu England die deutschen Revisionswünsche auch weiterhin nicht zu realisieren sein würden. Freilich müsse damit gerechnet werden, daß die englische Kooperativität Grenzen habe, vor allem werde England sich wohl schwerlich jemals wegen seiner Beziehungen zu Deutschland in Gegensatz zu Frankreich begeben. Aus einer gewissen militärisch und finanziell bedingten Abhängigkeit von Frankreich werde englischerseits kaum ein Hehl gemacht. Mit Frankreich verbinde England auch das gemeinsame Interesse an der Aufrechterhaltung des status quo im Mittelmeer. Ein ernster Konflikt mit Frankreich würde für England eine Sache auf Leben und Tod sein.

Im Verhältnis zu Italien sah Bülow nach wie vor auf vielen Gebieten Möglichkeiten zu enger Zusammenarbeit, da die italienische Außenpolitik wie die deutsche auf die Bekämpfung der französischen Hegemonie eingestellt sei. Die enge Zusammenarbeit der vergangenen Jahre habe etwa in der Reparations- und der Gleichberechtigungsfrage bereits wertvolle Früchte getragen. Andererseits müsse gesehen werden, daß Italien die Möglichkeit eines Ausgleichs mit Frankreich nie aus dem Auge verloren habe. Eine italienisch-französische Annäherung erscheine zwar zur Zeit nicht aktuell, man müsse aber stets mit ihr als Möglichkeit rechnen, und zwar nicht nur wegen der allgemein politischen Bedeutung für die deutsche Position, sondern darüber hinaus speziell auch wegen der Österreich-Politik. Denn die französische und die italienische Politik deckten sich gegenüber Österreich in dem negativen Ziel der Verhinderung des »Anschlusses«, andererseits kreuzten sie sich in dem positiven Ziel der Einbeziehung Österreichs in die eigene Machtsphäre. Das Ergebnis der französisch-italienischen Rivalität sei ein politischer Schwebestand Österreichs,

von dem jede deutsche Regierung nur wünschen könne, daß er so lange bestehen bleibe, bis der Zusammenschluß Österreichs mit dem Reich erfolgen könne. Die größte Gefahr für eine gesamtdeutsche Entwicklung wäre eine Einigung zwischen Frankreich und Italien auf der Basis der Einbeziehung Österreichs in eine der beiden Machtsphären, die Kleine Entente bzw. das italienische Bündnissystem.

4. Aufgrund der unter 2. und 3. skizzierten Überlegungen ging das Auswärtige Amt für die praktische Frankreichpolitik wie schon in den vorangegangenen Jahren weiter davon aus, daß eine deutsch-französische Verständigung im Sinne einer dauernden freundschaftlichen Gestaltung der beiderseitigen Beziehungen angesichts der fortdauernden Übermachtstellung Frankreichs für die absehbare Zeit wenig aussichtsreich sei. Wenngleich die Erkenntnis, daß ein starres Festhalten am Versailler Vertrag eine Unmöglichkeit sei, sich neuerdings in Frankreich in erheblichem Maße durchzusetzen scheine, bleibe die französische Politik doch in dieser Hinsicht scharf retardierend eingestellt. Die periodischen Spannungen zwischen beiden Ländern seien unvermeidlich, sie ergäben sich aus dem Zusammenstoß der grundsätzlich retardierenden französischen Haltung und dem Drängen der deutschen Außenpolitik in die entgegengesetzte Richtung zwangsläufig.

Andererseits, so erläuterte Bülow in seiner Denkschrift weiter, wäre eine grundsätzliche, demonstrativ betonte Abkehr Deutschlands von Frankreich verfehlt, weil ohne und gegen Frankreich die deutschen Ziele nicht zu verwirklichen seien, sofern sich Deutschland nicht ernstesten Konfliktsgefahren aussetzen wolle.

Infolgedessen müsse es sich in der Frankreichpolitik bis auf weiteres darum handeln, das beiderseitige Verhältnis möglichst so zu gestalten, daß sich Frankreich nicht unmittelbar bedroht fühle und Deutschland nicht in den Arm falle. Das deutsche Interesse erfordere, daß die unausweichlichen Spannungsmomente sich nicht häuften und nicht zu rasch aufeinander folgten. Die Erfahrungen zeigten, daß sich die Franzosen mit einer nicht zu heftigen oder stürmischen Entwicklung regelmäßig abfänden. Bei aller Schreckhaftigkeit sei das französische Volk in sehr hohem Maße friedliebend.

Günstige Möglichkeiten einer effektiven Frankreichpolitik abseits von Verständigungsbemühen oder Konfrontation sah Bülow im wirtschaftlichen Bereich. Eine möglichst störungsfreie Weiterführung der sich in den vorangehenden Jahren für die deutsche Seite bemerkenswert günstig entwickelnden Wirtschaftsbeziehungen könne dazu beitragen, das deutsch-französische Ungleichgewicht in Europa auf mittlere Sicht geräuschlos abzubauen und damit das Grundproblem der deutschen Außenpolitik einer Lösung näher zu bringen. Desgleichen könne Deutschland das französische

Sicherheitssystem möglicherweise entscheidend schwächen, indem es den politischen Einfluß Frankreichs auf die Staaten der Kleinen Entente durch wirtschaftliche Unterstützung der Donaustaaten neutralisiere.

Im einzelnen führte Bülow in seiner Denkschrift zu der seit Ende der zwanziger Jahre von deutscher Seite bewußt betriebenen Südosteuropapolitik¹⁵ aus, daß durch den im Februar 1933 abgeschlossenen Organisationspakt der Kleinen Entente vielleicht der Einfluß Frankreichs auf ihre Mitglieder auf dem Wege über die Tschechoslowakei in allen Fragen eine Stärkung erfahren werde, die mit der Abrüstung und der Revision der Friedensdiktate zusammenhingen. Die deutsche Politik gegenüber der Kleinen Entente werde sich demgegenüber weiter zum Ziele setzen müssen, auf dem Wege wirtschaftlicher Einflußnahme ihre Bindung an Frankreich zu lockern und insbesondere auch die Tschechoslowakei von einer allzu engen Anlehnung an Polen abzuhalten. Vor allem Jugoslawien und Rumänien könnten bei ihrer katastrophalen Wirtschaftslage durch wirtschaftliche Einflußnahme in ihrer Außenpolitik maßgebend beeinflußt werden. Es sei zwar richtig, daß Deutschland derzeit etwas anderes als seine Bereitschaft zur wirtschaftlichen Unterstützung der großen politischen und finanziellen Anziehungskraft Frankreichs in diesen Ländern nicht entgegensetzen habe; aber gerade deshalb müsse die »Stresa-Politik« fortgesetzt und im Rahmen des Möglichen durch Steigerung des Warenaustauschs mit den unteren Donaustaaten wirksamer gestaltet werden.

III

Wie entwickelte sich nun diese für das Frühjahr 1933 derart umschriebene Haltung des Auswärtigen Amts gegenüber Frankreich in den Jahren 1933–1936 weiter?

Die Durchsicht der deutschen Akten führt – bei Zurückstellung von Meinungsunterschieden und -nuancen einzelner Diplomaten – zu dem Befund, daß sich die Frankreichkonzeption des Auswärtigen Amts im Grundsätzlichen nicht änderte, weil die deutschen Spitzendiplomaten trotz gelegentlicher andersgearteter Impulse aus der Reichskanzlei oder der nationalsozialistischen Partei in den ersten Jahren des Dritten Reiches nicht aufhörten, deutsche Außenpolitik wesentlich als Revisionspolitik aufzufassen. Und in diesem traditionellen Revisionskonzept blieb Frankreich trotz der Tatsache, daß es in dieser Zeit aufgrund seiner innenpolitischen Probleme und des Niedergangs seiner Übermachtstellung in Europa beständig an Gewicht verlor, der zentrale Bezugsfaktor. Dies wird zunächst

¹⁵ Hierzu H.-J. SCHRÖDER, Deutsche Südosteuropapolitik 1929–1936. Zur Kontinuität deutscher Außenpolitik in der Weltwirtschaftskrise, in: *Geschichte und Gesellschaft*, 2, 1/1976, S. 5–32.

belegt durch das Faktum, daß die Furcht vor einer direkten französischen Intervention nach dem Muster der Ruhrbesetzung und die Furcht vor einer Interventionsmaßnahmen vorbereitenden, von Frankreich aus organisierten englisch-französisch-italienisch-russischen *Einkreisung* in den Jahren 1933–1936 ein wesentliches Agens der im Auswärtigen Amt formulierten Außenpolitik blieben und die diesbezüglichen Besorgnisse Hitlers und der Reichswehr deutlich an Intensität übertrafen. Diese Interventions- und Isolationsfurcht der Diplomaten bezog sich vor allem auf die drei wichtigsten in dieser Zeit anstehenden Revisionsprobleme: die deutsche Aufrüstung, die Rückgliederung der Saar und die Remilitarisierung des Rheinlandes.

In der *Rüstungsfrage* hatte das Auswärtige Amt seit dem Beginn der Genfer Abrüstungskonferenz im Februar 1932 stets eine Konvention angestrebt, die Deutschland effektiv mit den anderen europäischen Großmächten gleichstellte. Wenngleich dieses Ziel durch die Fünf-Mächte-Erklärung vom 11. Dezember 1932 theoretisch bereits erreicht wurde, gaben sich Neurath und seine wichtigsten Mitarbeiter keinen Illusionen darüber hin, daß die militärische Gleichberechtigung in der Praxis ohne ein gewisses Maß deutscher Aufrüstung nicht erreichbar sein würde, da sie nicht erwarteten, daß die Westmächte, und speziell Frankreich, zu einer Abrüstung bis auf das deutsche Niveau herab bereit sein würden. So konnte im Jahre 1933 gelegentlich der Eindruck entstehen, daß das Auswärtige Amt als treibende, Hitler hingegen als bremsende Kraft der deutschen Aufrüstungspolitik erschien. Eine wichtige Leitlinie des Rüstungskonzepts des Auswärtigen Amts war indessen, daß die deutsche Aufrüstung begrenzt und international vereinbart sein sollte. Um dieses Konzept zu retten, nicht um einer unbegrenzten Aufrüstung den Weg zu ebnen, stimmte Neurath im Oktober 1933 dem deutschen Rückzug von der Abrüstungskonferenz zu.¹⁶

Die sich dann jedoch intern abzeichnende Perspektive einer unbegrenzten und unkontrollierten deutschen Aufrüstung wurde im Auswärtigen Amt als äußerst gefährlich beurteilt. *Daß Frankreich einer solchen deutschen Aufrüstung einfach ihren Lauf ließe, so umriß Ministerialdirektor Köpke am 13. November 1933 die Haltung des Auswärtigen Amts, ist ausgeschlossen. Schon die Rücksicht auf das eigene Prestige würde Frankreich zwingen, sofort gegen Deutschland aktiv vorzugehen, wenn dieses etwa in formeller Weise den Versailler Vertrag oder auch nur dessen Teil V als für es nicht mehr bindend erklären würde. Aber auch eine mehr oder weniger unsichtbar fortschreitende deutsche Aufrüstung kann Frankreich*

¹⁶ HEINEMANN, S. 289–334. Hierzu auch G. WOLLSTEIN, Vom Weimarer Revisionismus zu Hitler. Das Deutsche Reich und die Großmächte in der Anfangsphase der nationalsozialistischen Herrschaft in Deutschland (Bonn, 1973), S. 91 ff., 190 ff.

nicht ruhig mit ansehen. Auch durch einseitige deutsche Erklärungen über die positiven deutschen Rüstungsziele würde die französische Regierung mutmaßlich sofort einem so scharfen Druck aus der französischen öffentlichen Meinung und dem französischen Parlament ausgesetzt, daß sie gar nicht umhin könne, mit einem scharfen eigenen Vorgehen zu antworten. *Ein solches Vorgehen, wie es z. B. ein Zusammenberufen des Völkerbundsrats oder auch nur dringende Demarchen in Berlin darstellen würden, würde die Gefahr in sich schließen, daß die französische Regierung damit auf einen Weg gedrängt wird, der sie weiterführen muß, als ihr selbst erwünscht sein mag. Denn letzten Endes bliebe schließlich doch nur die Wahl zwischen einem Zurückweichen und Gewaltmaßnahmen übrig, wobei dann aber der Zeitpunkt zum Zurückweichen bereits verpaßt sein dürfte. So könnte sich die französische Regierung infolge einer solchen Fortentwicklung der Dinge geradezu gezwungen sehen, das Experiment von 1923 mit dem Ziele der Wahrung und Wiederherstellung des Versailler Vertrags noch einmal zu versuchen. In den Arm fallen wird Frankreich von den anderen Mächten dabei wohl niemand, insbesondere dann nicht, wenn es der französischen Politik gelingen sollte, England zu einem Mitgehen bei den vorangegangenen Schritten zu bestimmen oder Beschlüsse des Völkerbundsrats herbeizuführen, auf die sie sich berufen könnte.*¹⁷

Einige Monate später wurde das Auswärtige Amt aus dem Entscheidungsprozeß auf dem Rüstungssektor weitgehend ausgeschaltet, zweifellos vor allem deshalb, weil es ständig vor den möglichen schwerwiegenden außenpolitischen Implikationen einer forcierten deutschen Aufrüstung warnte. Einige Tage nachdem der französische Außenminister Barthou im April 1934 die internationalen Abrüstungsverhandlungen unter Hinweis auf die Erweiterung des deutschen Militärbudgets brüsk abgebrochen hatte, erschien Neurath dem französischen Botschafter François-Poncet bedrückt und sorgenvoll.¹⁸ Im August 1934 bezeichneten Neurath und Bülow es als *Utopie*, daß Frankreich einer unbegrenzten autonomen deutschen Aufrüstung untätig zusehen werde.¹⁹

Die seit dem Sommer 1934 zunehmenden Anzeichen einer französisch-englischen, französisch-russischen und schließlich auch französisch-italienischen Annäherung ließen in diplomatischen Kreisen die ernsthafte Gefahr einer *konzentrischen Isolierung Deutschlands . . . mit der die Einkreisung des Vorkriegsdeutschlands einen Vergleich nicht aushalten würde*, am Horizont auftauchen. Die forcierten Aufrüstungsmaßnahmen und ihre sukzessive Enttarnung erschienen dementsprechend dem Auswärtigen Amt immer riskanter.²⁰

¹⁷ ADAP, C, II,1, Nr. 65.

¹⁸ Documents Diplomatiques Français, 1^{ère} série, Bd. VI, Nr. 117.

¹⁹ ADAP, C, III,1, Nr. 162.

²⁰ ADAP, C, III,1, Nr. 105; III,2, Nr. 434, 542.

Während Hitler Anfang Dezember 1934 triumphierend verkündete, die Franzosen hätten die Gelegenheit zu einem Präventivkrieg endgültig verpaßt,²¹ blieb man im Auswärtigen Amt wesentlich skeptischer. Staatssekretär Bülow warnte Generalleutnant Beck, der ihn in den gleichen Tagen über den neuesten Rüstungsstand unterrichtete, *die Aufrüstung nicht zu übertreiben, weil die wirtschaftliche Gesundung und die finanzielle Erstarkung Deutschlands damit unmöglich Schritt halten könnten und wir zum Schluß zwar gut bewaffnet, aber sonst verteidigungs- und angriffsunfähig dastehen würden, ganz abgesehen davon, daß man zu jedem Krieg Bundesgenossen braucht, zum mindesten stillschweigende Verbündete, und wir durch eine übertriebene Aufrüstung einen Ring von Gegnern um uns bilden müßten.*²²

Frankreich ist und bleibt der Hauptgegner beim Ringen um die Anerkennung der militärischen Gleichberechtigung, indem wir der Einwirkung der anderen Großmächte bedürfen werden, wenn Frankreich zum endgültigen Einlenken gebracht werden soll, resümierte Anfang 1935 Botschafter Hoesch aus London.²³ Nach der Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht drei Monate später konstatierte er unverändert: *Frankreich bleibt trotz einiger Merkmale einer Erkenntnis in gewissen Kreisen doch nach wie vor die Zentrale der Gegnerschaft gegen Deutschland und wird erfahrungsgemäß immer unzugänglicher, je mehr es sich von anderen Mächten in antideutschem Sinne unterstützt fühlt.*²⁴ Die Formierung der Front von Stresa betrachtete das Auswärtige Amt dementsprechend wesentlich beunruhigter als Hitler, ihren Zerfall mit um so größerer Erleichterung.

In der zweiten Jahreshälfte 1934 und zu Beginn des Jahres 1935 wurden die deutsch-französischen Beziehungen von der *S a a r f r a g e* überschattet. Gemäß den Bestimmungen des Versailler Vertrages war das Saarplebiszit für den 15. Januar 1935 angesetzt. Mit großer Besorgnis verfolgte man im Auswärtigen Amt wiederholte Gerüchte, nach denen sich französische Heeresverbände unter dem Vorwand einer notwendigen Präventivaktion gegen einen nationalsozialistischen Putsch auf eine Besetzung des Saargebiets vorbereiteten. Neurath und Bülow setzten sich in den Herbstmonaten des Jahres 1934 wiederholt entschieden dafür ein, daß alle provokatorischen Maßnahmen von seiten der NSDAP im Saargebiet zu unterbleiben hätten.²⁵

Der besonders ausgeprägte und fortdauernde Respekt der deutschen

²¹ ADAP, C, III,2, Nr. 373.

²² ADAP, C, III,2, Nr. 369.

²³ ADAP, C, III,2, Nr. 434.

²⁴ ADAP, C, III,2, Nr. 542.

²⁵ Hierzu etwa ADAP, C, III,1, Nr. 242, 281, 283; III,2, Nr. 290, 297, 300, 307, 309, 311, 314, 318, 320.

Diplomatie gegenüber dem einstigen Sieger von Versailles zeigte sich indessen in den Jahren 1933–1936 am eindrucklichsten in der Rheinlandfrage. Seit Mitte 1930 völlig von französischen Besatzungstruppen geräumt, blieb das linksrheinische deutsche Territorium sowie ein 50 Kilometer breiter rechtsrheinischer Streifen gemäß den Artikeln 42 bis 44 des Versailler Vertrages und Artikel 1 des Locarno-Vertrages auf unabhsehbare Zeit entmilitarisiert. Durch den Locarno-Vertrag war die entmilitarisierte Zone aufs engste an die Sicherheitsfrage gebunden. Ein einseitiger deutscher Versuch, diese Souveränitätsbeschränkung zu beseitigen, mußte automatisch zur Konfrontation mit Frankreich und Belgien sowie mit den Garantemächten England und Italien führen. Daher war die Frage einer Remilitarisierung des Rheinlandes so lange nicht aktuell, wie Deutschland nicht über die Mittel verfügte, um eine derartige Konfrontation mit Aussicht auf Erfolg durchzustehen, im Gegenteil sich auf den theoretischen Schutz des Locarno-Vertrages gegen französische Übergriffe angewiesen glaubte. Eben diese Ausgangslage änderte sich in der Sicht weiter deutscher Regierungskreise in den Jahren 1933–36, als sich im Zuge der forcierten deutschen Aufrüstung und der internationalen Gesamtentwicklung das Kräfteverhältnis in Europa langsam aber sicher von Paris fort zugunsten Berlins verschob. In der Sicht des Auswärtigen Amtes änderte sich indessen diese Ausgangslage nicht.

Vielmehr blieb für die deutschen Diplomaten bis zum März 1936 der Locarno-Vertrag unverändert der wesentliche Pfeiler der deutschen Westpolitik, die Frage einer Remilitarisierung des Rheinlandes tabu und einem späteren Zeitpunkt vorbehalten. Die deutschen Akten zeigen eindrucksvoll, daß das Auswärtige Amt in den Jahren 1933–36 argwöhnisch darüber wachte, daß die Entmilitarisierungsbestimmungen nicht durch Maßnahmen anderer deutscher Regierungsstellen verletzt und Frankreich dadurch ein Vorwand zur Besetzung des Rheinlandes oder zur Organisation einer antideutschen Front der Westmächte gegeben wurde.

Welche Haltung die deutsche Diplomatie im Frühjahr 1933 gegenüber dem Locarno-Vertrag und in der Remilitarisierungsfrage einnahm, ist aus der Denkschrift Bülow's vom März 1933 bereits deutlich geworden.²⁶ In den Tagen des deutschen Rückzugs von Abrüstungskonferenz und Völkerbund im Oktober 1933 ersuchte Neurath seine Kabinettskollegen dringend, alle Kundgebungen in der entmilitarisierten Zone zu unterlassen.²⁷ Einige Tage später wies er Reichsminister von Blomberg darauf hin, daß es nicht genüge, im Rheinland alle Maßnahmen zu vermeiden, die gegen den Versailler Vertrag verstießen; es müßten auch schon solche

²⁶ Siehe oben, S. 499.

²⁷ ADAP, C, I,2, Nr. 499.

Maßnahmen unterlassen werden, die von Frankreich als vertragswidrig angesehen werden könnten.²⁸

Als im Winter 1933/34 das Reichswehrministerium eine Verstärkung des Grenzaufservdienstes an den deutschen Westgrenzen vorschlug, verweigerte das Auswärtige Amt seine Zustimmung zunächst mit dem Hinweis, *daß alles zu unterbleiben habe, was . . . insbesondere Frankreich den Vorwand und die Berechtigung geben kann, die im Versailler und im Locarno-Vertrag vorgesehenen Zwangsmaßnahmen gegen Deutschland in Gang zu setzen*. Im Mai 1934, mit dem Beschluß einer Führerbesprechung konfrontiert, stimmte Neurath schließlich zu, nicht ohne gleichzeitig den Reichswehrminister zu ermahnen, daß *ganz besonders sorgfältig* darauf Bedacht genommen werden müsse, *daß die hiernach in Betracht kommenden Maßnahmen nicht etwa als verkappte Mobilmachungsvorbereitungen in der demilitarisierten Zone in die Erscheinung treten*. Es bedürfe keines besonderen Hinweises auf die außenpolitischen Schwierigkeiten, die Deutschland hierdurch in Frankreich und auch in England entstehen könnten.²⁹

Im Juli 1934 sprach sich Bülow mit einer bemerkenswerten Begründung gegen den – offenbar von Reichskanzlei und Reichswehr erwogenen – Abschluß eines Nichtangriffspakts mit Belgien aus. Ein solcher Nichtangriffspakt könne neben dem Locarno-Vertrag gar nicht existieren, weil dieser bereits alle Elemente eines Nichtangriffspakts enthalte. *Würden wir trotzdem einen Nichtangriffspakt mit Belgien schließen, so würde hierdurch Locarno entwertet werden und für den nicht gedeckten Frontabschnitt Frankreich infolge der Entwertung von Locarno eine größere Aktionsfreiheit erlangen*.³⁰

Anfang Dezember 1934 führte Generalleutnant Beck gegenüber Bülow aus, wie außerordentlich bedeutsam es für die Reichswehr und ihre Aufgabe der Verteidigung Deutschlands sein würde, wenn im Zuge der Aufrüstung auch die demilitarisierte Rheinzone beseitigt werden könnte. Bülow wies Beck darauf hin, *daß wir nicht nur des theoretischen Schutzes von Locarno verlustig gehen würden, sondern auch die Belgier rettungslos in die Arme Frankreichs treiben müßten, wenn wir nicht überhaupt durch die Kündigung des Locarno-Vertrags die schwersten Verwicklungen unmittelbar herbeiführen würden. Der Locarno-Vertrag basiere aber auf der entmilitarisierten Rheinzone*.³¹

Nach der Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht im Frühjahr 1935 schloß sich das Auswärtige Amt der Auffassung der Reichswehr an,

²⁸ ADAP, C, II,1, Nr. 39, Anm. 5.

²⁹ ADAP, C, I,1, Nr. 490; III,2, Nr. 366, 452.

³⁰ ADAP, C, III,1, Nr. 73.

³¹ ADAP, C, III,2, Nr. 369.

daß die Wehrpflicht auch für die Deutschen in der entmilitarisierten Zone gelten müsse. Es vertrat aber entgegen der Auffassung Hitlers und Blombergs entschieden den Standpunkt, daß Frankreich, England und Italien die Einrichtung von Ersatzdienststellen der Reichswehr oder auch von getarnt betriebenen Rekrutierungsbüros der Polizei, der SA oder der SS als Verletzung des Locarno-Vertrags ansehen könnten. Hitler schloß sich in diesem Falle am Ende der Meinung seiner Diplomaten an und dekretierte am 6. Mai 1935, daß in der entmilitarisierten Zone die Wehrpflichtigen durch die Behörden der allgemeinen und inneren Verwaltung erfaßt werden sollten.³²

Im Laufe des Jahres 1935 mißbilligten Neurath, Bülow und andere Vertreter des Auswärtigen Amtes wiederholt militärische Auftritte der SA und der aus der Schutzpolizei ausgegliederten Landespolizei im Rheinland. Sie vermochten indessen mit ihren Bedenken gegen die Landespolizeiführung unter Daluge erst durchzudringen, als am 19. November 1935 Blomberg den Oberbefehlshaber des Heeres Fritsch und die Kommandeure der an die entmilitarisierte Zone angrenzenden Befehlsbereiche anwies, alle in der Rheinlandzone getroffenen und zu treffenden militärischen Maßnahmen und die Tätigkeit der Landespolizei streng zu überwachen. *Nach einer mir vom Auswärtigen Amt gemachten Mitteilung, so begründete Blomberg diese Anordnung, sieht dieses die Lage in der entmilitarisierten Zone mit gewisser Besorgnis an und hegt die Befürchtung, daß durch Nichteinhaltung der für diese Zone bestehenden militärischen Bindungen schwerer Schaden für Volk und Reich entstehen könnte.*³³

Von der konkreten Absicht Hitlers, die Ratifizierung des französisch-sowjetischen Beistandspaktes durch die französische Abgeordnetenkammer zum Anlaß zu nehmen, um das Rheinland wieder zu besetzen, erfuhr Neurath erst am 12. Februar 1936. Der deutsche Außenminister sprach sich zunächst entschieden gegen diesen Schritt überhaupt aus, um dann zu empfehlen, zunächst noch die Ratifizierungsdebatte im französischen Senat, die für Ende März 1936 angesetzt war, abzuwarten. Am 19. Februar äußerte er *starke Bedenken gegen das vom Führer geplante Vorgehen, vor allem, weil die ›Beschleunigung‹ den Einsatz nicht lohne. Er, Neurath, glaube zwar auch nicht, daß die Leute gegen uns marschieren würden, aber es sei doch nicht nur an den Augenblick, sondern auch daran zu denken, daß die Folge eine automatische, allgemeine Konzentration gegen uns sein würde. Wir seien doch schon isoliert genug. Zudem habe er gerade die Meldung erhalten, daß die Engländer Bismarck gegenüber gerade jetzt die Frage aufgeworfen hätten, ob wir nicht doch zu einem working*

³² ADAP, C, IV,1, Nr. 32, 163.

³³ ADAP, C, IV,1, Nr. 56, 57, 118, 147, 242; IV,2, Nr. 420.

agreement kommen könnten.³⁴ Staatssekretär von Bülow wies warnend darauf hin, daß die entmilitarisierte Zone am 16. März 1935 mitgefallen wäre, wenn sie eben nicht außer durch Versailles auch durch Locarno geschützt wäre.³⁵ Der Botschafter in Rom von Hassell, der das stillschweigende Einverständnis Mussolinis mit der Remilitarisierung des Rheinlands überbrachte, betonte unter Zustimmung Neuraths, die deutsche Regierung habe seines Ermessens insofern keine besondere Eile, als sich für die Beseitigung der entmilitarisierten Zone auch später Chancen bieten würden. Hingegen stimmte Ribbentrop seinem Führer zu, daß Angriff die bessere Strategie sei.³⁶

Was die praktische Frankreichpolitik des Auswärtigen Amts in den Jahren 1933–36 betraf, so hielt sie sich beinahe unverändert auf der Linie, die Bülow in seiner Denkschrift im Frühjahr 1933 aufgezeigt hatte: auf einem Kurs abseits sowohl von Verständigung als auch von Konfrontation. So konnte es geschehen, daß, namentlich im Jahre 1933, Hitler im Verhältnis zu Frankreich gelegentlich als wesentlich verständigungsfreudiger erscheint als das Auswärtige Amt. Starkes Interesse an einer bilateralen Absprache mit Frankreich zeigte sich im Auswärtigen Amt nur in internationalen Krisensituationen, etwa nach dem deutschen Auszug aus Abrüstungskonferenz und Völkerbund im Oktober 1933.³⁷ In den Jahren 1934–36 läßt sich, nicht zuletzt unter dem Eindruck der Hitlerschen Frankreichpolitik dieser Jahre, eine etwas zunehmende Verständigungsfreudigkeit des Auswärtigen Amts feststellen. Auch die Politik der allmählichen Änderung der Revisionsvoraussetzungen auf wirtschaftlichem Wege wurde fortgesetzt, die Südosteuropapolitik des Auswärtigen Amts nach kurzem Zögern von der Regierung Hitler übernommen und im wesentlichen unverändert weitergeführt.³⁸

IV

Die angeführten Beispiele mögen hinreichend verdeutlichen, daß in den Jahren 1933–1936 zwischen der Frankreichkonzeption des Auswärtigen Amts einerseits und Hitlers andererseits ein latenter und gelegentlich offen zutage tretender Gegensatz bestand. In diesem Gegensatz spiegelten sich die beiderseits zugrunde liegenden außenpolitischen Grundkonzeptionen wider. Das Auswärtige Amt betrieb nach 1933 in der Weimarer Tradition weiter Revisionspolitik. Hitler betrieb Außenpolitik mit Blick auf einen späteren Griff nach der Weltmacht.

³⁴ ADAP, C, IV,2, Nr. 575.

³⁵ Ibid.

³⁶ Ibid.

³⁷ ADAP, C, I,2, Nr. 466; II,1, Nr. 65.

³⁸ Hierzu SCHRÖDER (wie Anm. 15); vgl. Magda ADÁM, Les pays danubiens et Hitler (1933–1936), in: Revue d'histoire de la deuxième guerre mondiale, April 1975, S. 1–26.

Für das Auswärtige Amt blieb Frankreich in den ersten Jahren des Dritten Reiches der zentrale außenpolitische Bezugsfaktor, weil der große westliche Nachbar als Hauptbegünstigter und Hauptverteidiger des Versailler Systems naturgemäß Hauptgegenstand der fortdauernden deutschen Revisionspolitik war und die Revision von Versailles in der Sicht des Auswärtigen Amtes nach wie vor das zentrale Ziel deutscher Außenpolitik blieb. Wenngleich in diesen Jahren das Gewicht des Faktors Frankreich im internationalen Mächtegefüge entsprechend dem allmählichen Schwinden seiner militärischen und politischen Übermacht laufend abnahm, wurde doch bis zum Frühjahr 1936 das den Pariser Friedensverträgen entstammende europäische Koordinatensystem von den deutschen Spitzendiplomaten nicht grundsätzlich in Frage gestellt.

In der Sicht Hitlers hingegen bestand zwar im Jahre 1933 und in gewissem Maße noch bis zur geglückten Remilitarisierung des Rheinlandes die Notwendigkeit, eine besondere französische Machtposition in die außenpolitischen Planungen einzubeziehen. Seine Planungen zielten indes zum Zeitpunkt der Machtübernahme schon längst nicht mehr in erster Linie auf das Versailler System und die Möglichkeiten seiner Überwindung. Hitlers Blick war vielmehr auf die Realisierung des in »Mein Kampf« und dem »Zweiten Buch« entwickelten Expansionsprogramms gerichtet, das in der deutschen Historiographie in der sogenannten »Stufenplanteorie« seine umfassendste und wohl auch genaueste Systematisierung erfahren hat.³⁹ In diesem Programm kam Frankreich keine zentrale Bedeutung zu, England und Italien als mögliche Partner, vor allem die Sowjetunion als Hauptgegner wurden wichtigere außenpolitische Faktoren. Frankreich, wenngleich eine vorerst noch respektable außenpolitische Größe, spielte in strategischer Hinsicht nur eine untergeordnete Rolle: es war lediglich eine Macht, die Hitler in irgendeiner Form neutralisieren mußte, um den Rücken für die beabsichtigte Ostexpansion freizubekommen.

Während dementsprechend für die deutschen Diplomaten in den Jahren 1933–36 die Fortsetzung der Revisionspolitik Weimarer Couleur als lang ersehnte Erledigung des Unrechts von Versailles im wesentlichen Selbstzweck war, war sie für Hitler von vornherein nur Vehikel auf dem Wege zur Realisierung seines Programms. Der äußere Anschein, daß die traditionelle gewaltlose Revisionspolitik weiterhin für die deutsche Außenpolitik maßgebend sei, half bekanntlich für einige Jahre, das wahre Gesicht des Dritten Reiches nach innen und nach außen hin zu verschleiern. In Wirklichkeit schaute Hitler auch in den ersten Jahren seiner Kanzlerschaft bereits über die Ziele der Revisionspolitik weit hinaus, und daher

³⁹ Hierzu A. HILLGRUBER, *Hitlers Strategie, Politik und Kriegführung 1940–1941* (Frankfurt 1965), bes. S. 13–24, 581–94; K. HILDEBRAND (wie Anm. 1), S. 27–28.

hatte für ihn, im Gegensatz zur Auffassung der Diplomaten, Frankreich in dieser Zeit ein doppeltes Gesicht: das unbedeutendere, mit der militärischen Kräfteverschiebung zunehmend verschwimmende des Exekutors von Versailles, und das wesentlichere des Funktionsträgers im vorprogrammierten Kampf Deutschlands um Lebensraum.⁴⁰

Die aus dem Unterschied der außenpolitischen Grundkonzeptionen und der sich aus ihnen ableitenden Frankreichkonzeptionen resultierende Spannung zwischen Auswärtigem Amt und Reichskanzlei ist im Jahre 1933 zunächst noch verhältnismäßig selten greifbar, zeigt sich in den Jahren 1934–36 dann jedoch in den Akten in zunehmender Häufigkeit. Die Elemente dieser Spannung lassen sich wie folgt beschreiben:

1. Das Auswärtige Amt zielte mit seiner Revisionspolitik auf die Wiederherstellung des Zustandes von 1914 ab und erstrebte allenfalls einen Zugewinn durch Ausweitung des deutschen Einflusses in *Mitteleuropa*. Hitlers Zielsetzung war demgegenüber wesentlich anspruchsvoller und erschöpfte sich keineswegs in den Zielen der Revisionspolitiker.

2. Das Auswärtige Amt suchte eine Erfüllung seiner Revisionswünsche auf effektiven, aber gewaltlosen Wegen und möglichst in einem friedlichen und verbesserten internationalen Klima. Hitlers Methoden waren, dem höheren Anspruch entsprechend, radikaler und schlossen gewaltsame Lösungen, auch solche kriegerischer Art, nicht a priori aus.

3. Da das Auswärtige Amt bei den einzelnen Revisionsritten das bestmögliche Ergebnis mit gewaltlosen Mitteln erreichen wollte, mußte es auf den jeweils günstigsten Zeitpunkt warten können. Für Hitler hingegen diente die »Revisionsphase«, die Phase der »Wiederwehrhaftmachung«, nur der Vorbereitung auf weiterzielende Aktivitäten. Er neigte daher zur Minimierung der lästigen, weil die Aktionsfreiheit einengenden Revisionsphase, seine Zeitplanung war ungeduldiger.

4. Die in den Abschnitten 1.–3. bezeichneten Determinanten der Hitlerschen Außenpolitik summierten sich, verbunden mit persönlichkeitspezifischen Elementen, zu einer außenpolitischen Grundhaltung, die im Vergleich zur Haltung des Auswärtigen Amtes charakterisiert war durch größere Flexibilität und Bereitschaft zur taktischen Rücksichtnahme auf der einen, durch unbedingtere Kompromißlosigkeit im Grundsätzlichen und ein höheres Maß an Risikobereitschaft auf der anderen Seite.

Welche Bedeutung kam unter diesen Umständen in den Jahren 1933–36 der Frankreichkonzeption des Auswärtigen Amtes zu? Nach dem Befund des ersten Teils dieses Beitrags und den nachfolgenden Ausführungen wird man die Korrekturfunktion nicht allzu hoch veranschlagen dür-

⁴⁰ Vgl. hierzu den Beitrag von K. HILDEBRAND unten S. 591 sowie F. KNIPPING, Frankreich in Hitlers Außenpolitik 1933–1939, in: M. Funke (Hrsg.) (wie Anm. 11), S. 612–27.

fen. Korrigiert wurde eher die Frankreichkonzeption des Auswärtigen Amtes selbst. Unter dem zunehmenden außenpolitischen Zugriff Hitlers ergab sich für das Auswärtige Amt die Notwendigkeit einer ständigen, meistens nachträglichen Anpassung an die Marschrichtung des Reichskanzlers. *Baron Neurath erhob keine Bedenken mehr und schien sich mit der Entscheidung abgefunden zu haben*, vermerkte Hassell kurze Zeit vor dem deutschen Einmarsch in das Rheinland.⁴¹ Die außenpolitische Konzeption des Auswärtigen Amtes, und entsprechend auch die Haltung der deutschen Diplomatie gegenüber Frankreich, war in den Jahren 1933–36 einem Prozeß anpassungsbedingter allmählicher Verbiegung unterworfen, ohne daß dies indessen ihre grundsätzliche Kontinuität beeinträchtigte oder bis zum Zeitpunkt der Remilitarisierung des Rheinlandes zu einer grundsätzlichen Neuorientierung führte.

⁴¹ ADAP, C, IV, Nr. 575.